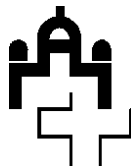


Bundesversammlung

Assemblée fédérale

Assemblea federale

Assamblea federala



22.015 ns Schweizer Delegation bei der parlamentarischen Versammlung der NATO. Bericht

Bericht der Schweizer Delegation bei der parlamentarischen Versammlung der NATO vom 31. Dezember 2021

Die Schweizer Delegation bei der parlamentarischen Versammlung der NATO (NATO-PV) nimmt im Auftrag der Bundesversammlung an den Tagungen der NATO-PV sowie an den Seminaren und Arbeitstreffen von deren Ausschüssen teil.

Gemäss Artikel 9 Absatz 2 der Verordnung über die Pflege der internationalen Beziehungen (VPiB) unterbreitet die NATO-PV-Delegation den eidgenössischen Räten jährlich einen schriftlichen Bericht über die wesentlichen Elemente ihrer Tätigkeit.

Antrag der Delegation

Wir bitten Sie, vom Bericht Kenntnis zu nehmen.

Im Namen der Delegation
Die Präsidentin 2020/2021

Ida Glanzmann-Hunkeler

Inhalt des Berichtes

- 1 Einleitung
- 2 Tagungen, Seminare und weitere Treffen
- 3 Reisekosten
- 4 Hauptdiskussionsthemen 2021
- 5 Würdigung der Tätigkeiten der NATO-PV im Jahre 2021
- 6 Schlussfolgerungen und künftige Tätigkeiten



1 Einleitung

Die Schweizer Delegation bei der NATO-PV hat ihre Rechtsgrundlage in der Verordnung der Bundesversammlung über die Pflege der internationalen Beziehungen des Parlamentes (VPiB, [SR 171.117](#)). Wie die anderen parlamentarischen Delegationen bei internationalen Organisationen hat auch die NATO-PV-Delegation ein Reglement¹, das den Umfang ihrer Tätigkeiten festlegt.

Zusammensetzung der Delegation im Jahr 2021:

Präsidentin: Nationalrätin Ida Glanzmann;

Vizepräsident: Ständerat Werner Salzmann;

Mitglieder: Nationalrat Mauro Tuena und Ständerat Thomas Minder;

Ersatzmitglieder: Nationalrat Pierre-Alain Fridez und Ständerat Josef Dittli.

2 Tagungen, Seminare und weitere Treffen

Im Jahr 2021 nahm die Schweizer Delegation bei der NATO-PV an folgenden Anlässen teil:

- Webinar «NATO Orientation Programme» vom 14. Januar 2021 (Nationalrätin Ida Glanzmann und Nationalrat Pierre-Alain Fridez);
- Frühjahrssession per Videokonferenz vom 14.-17. Mai 2021 (Nationalrätin Ida Glanzmann und Nationalräte Mauro Tuena und Pierre-Alain Fridez, Ständeräte Werner Salzmann, Josef Dittli und Thomas Minder);
- Webinar «Südkaucasus» vom 28. Juni 2021 (Nationalrätin Ida Glanzmann und Nationalräte Mauro Tuena und Pierre-Alain Fridez);
- Jahressession in Lissabon bzw. per Videokonferenz vom 8.-11. Oktober 2021 (Ständerat Werner Salzmann und Nationalräte Mauro Tuena und Pierre-Alain Fridez);
- Rose-Roth Seminar in Belgrad vom 15.-17. November 2021 (Nationalräte Mauro Tuena und Pierre-Alain Fridez).

Die beiden Sessionen und das Rose-Roth-Seminar waren Gegenstand je eines Delegationsberichtes z.H. der Sicherheitspolitischen Kommissionen. Zum Webinar «NATO Orientation Programme» erstellten Nationalrätin Ida Glanzmann und Nationalrat Pierre-Alain Fridez und zum Webinar «Südkaucasus» Nationalrat Fridez einen Kurzbericht zuhanden der Delegation.

Im Berichtsjahr überschritten sich die Daten weiterer Rose-Roth-Seminare sowie verschiedener Ausschusssitzungen mit den Sessionen oder Kommissionssitzungen unseres Parlamentes und blieben deshalb ohne Beteiligung der Schweizer Delegation.

3 Reisekosten

Die Reisen der NATO-PV-Delegation verursachten für die Bundesversammlung im Jahr 2021 Bahn- und Flugreisekosten in der Höhe von 1'017 Franken.

4 Hauptdiskussionsthemen 2021

Im Zentrum der Diskussionen der NATO-PV standen im Jahr 2021 die Spannungen zwischen Russland und dem Westen, die Chancen und Herausforderungen des Aufstiegs Chinas, die Weiterentwicklung der NATO und der transatlantischen Beziehungen sowie die Lehren aus dem Afghanistaneinsatz. Weitere wichtige Themen waren die Rüstungskontrolle, die Stärkung der Widerstandsfähigkeit der

¹ www.parlament.ch (Organe > Delegationen > Die Delegationen internationaler parlamentarischer Versammlungen > Delegation bei der parlamentarischen Versammlung der Nato (Nato-PV) > Rechtsgrundlagen).



westlichen Länder, die Sicherheit im Hohen Norden sowie – im Rahmen eines Rose-Roth Seminars – die Lage im westlichen Balkan.

4.1 Die Vollversammlungen

Sowohl bei der Eröffnungsrede an der Frühjahrsession per Videokonferenz als auch in Lissabon bei der Jahrestagung betonte der Präsident der Nato-PV, Gerald E. Connolly (USA), dass sich die Nato und die bisherige internationale Ordnung am Scheideweg befinden. Man erlebe die Rückkehr ausgeprägter Konkurrenzverhältnisse zwischen Grossmächten und die militärische Erneuerung von Russland, China und anderen Ländern, aber auch einen Wettstreit zwischen Ideen und Werten. Akteure wie Russland, China und andere stellten die westlichen Werte infrage und versuchten, autoritäre und alternative Regierungsmodelle durchzusetzen. Dieser globale Wettbewerb bedrohe die strategische Stabilität. Die Demokratie sei aber auch von innen gefährdet. Wie die Erstürmung des Kapitols am 6. Januar 2021 in Washington zeigten, sei kein Land immun gegen solche Angriffe. Somit sei es zentral, mit Nachdruck für die demokratische Alternative einzutreten. Die NATO-PV spiele dabei eine wichtige Rolle. Als Prioritäten seiner Präsidentschaft und als Schwerpunktthemen der Nato-PV nannte Connolly namentlich:

- Stärkung der Widerstandsfähigkeit der demokratischen Gesellschaften. Nach Connollys Ansicht wird das Bündnis geeint von gemeinsamen Werten und dem Streben nach einer kollektiven Verteidigung. Dies unterscheide die Nato von anderen Allianzen und mache sie zu mehr als nur einem reinen Militärbündnis. Der Zusammenhalt und das Engagement für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit müssten indes gestärkt werden. Gerald Connolly sprach sich mehrmals für die Schaffung eines Kompetenzzentrums für die Widerstandsfähigkeit der Demokratie aus, das in die formale NATO-Architektur integriert werden solle.
- Wiederbelebung der transatlantischen Beziehungen durch ein erneuertes Engagement der USA. Laut Connolly bietet sich mit der neuen US-Regierung dafür eine gute Gelegenheit. Auch der US-Kongress sei bestrebt, ein starkes Engagement aufrechtzuerhalten.
- Aktive Einflussnahme auf die Überarbeitung des strategischen Konzepts der NATO. Dieses sei inzwischen veraltet, sei darin doch noch von Russland als Partner die Rede und China werde nicht und der Klimawandel kaum erwähnt.
Gegenüber Russland müsse eine strikte Haltung eingenommen, gleichzeitig aber der Dialog aufrechterhalten werden. Dabei bekräftige er die Unterstützung für die Unabhängigkeit und territoriale Integrität Georgiens, Moldovas sowie der Ukraine und unterstrich die Bedeutung, die illegale Annexion der Krim durch Russland niemals anzuerkennen.
China sei wiedererstarkt, verhalte sich aggressiv, verletze Völkerrecht und internationale Normen und sei stolz auf seinen Autoritarismus. Inzwischen habe China die grösste Marine und Armee der Welt und werde wahrscheinlich bald die weltweit grösste Wirtschaft sein. Trotzdem dürfe China nicht nur als Bedrohung, sondern auch als Chance, als potenziellen Partner, gesehen werden.
Schliesslich müssten im Strategischen Konzept namentlich auch die Auswirkungen des Klimawandels auf die NATO, seine strategischen Folgen auf die militärischen Fähigkeiten und die Auswirkungen auf die Schifffahrt in Gebieten wie dem hohen Norden aufgezeigt werden.
- Aufrechterhaltung der Verteidigungsbemühungen und Bekräftigung des Engagements zur Erhöhung der Verteidigungsausgaben auf 2 % des Bruttoinlandprodukts (BIP) bis 2024, wobei 20 Prozent davon für neue Ausrüstung sowie für Forschung und Entwicklung aufzuwenden sind.
- Fortführung der Politik der offenen Tür, namentlich gegenüber der Ukraine und Georgien sowie unter Berücksichtigung der Balkanländer.

Die Rede des stv. Nato-Generalsekretärs Mircea Geomană an der Frühjahrsession hatte dieselbe Stossrichtung. Auch in seinen Augen befindet sich die Nato an einem Wendepunkt; sie müsse sich an das sich stetig wandelnde strategische Umfeld anpassen. So seien verschiedene Herausforderungen



zu bewältigen wie der Vormarsch autoritärer Regime und die zunehmend aggressive Haltung Russlands, der Terrorismus, der Aufstieg Chinas, der wachsende internationale Wettbewerb, die Cyberangriffe, die neuen und die sogenannten disruptiven Technologien sowie der Klimawandel. Auch er rief die Bündnispartner dazu auf, weiterhin für demokratische Werte und Rechtsstaatlichkeit einzustehen. Zudem müssten die Gesellschaften widerstandsfähiger werden. Innovation müsse gefördert werden, um in einer stets kompetitiveren Welt den technologischen Vorsprung zu wahren. Dafür brauche es erhebliche Ressourcen, betonte Mircea Geoană und forderte die NATO-PV auf, sich weiterhin für die Finanzierung der Weiterentwicklung der NATO einzusetzen.

Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg setze in Lissabon ähnliche Akzente, ging aber insbesondere näher auf die Situation in Afghanistan ein. Eingangs betonte er, in turbulenten und unvorhersehbaren Zeiten sei das Engagement für die NATO und das transatlantische Band so wichtig wie eh und je. Alle Bündnispartner stünden weiterhin zur NATO, auch wenn sie nicht immer in allen Fragen einer Meinung seien. Alle wüssten, dass sie vereint stärker seien. In Afghanistan hätten sie 20 Jahre lang zusammengehalten und dann gemeinsam nach Konsultationen beschlossen, das Land zu verlassen. Dies sei keine leichte Entscheidung gewesen, stand die NATO doch vor einem Dilemma. Bleiben, erneut kämpfen und eine unbefristete Militärpräsenz riskieren oder zu gehen und die Rückkehr der Taliban an die Macht zu riskieren. Die Rückkehr der Taliban sei eine Tragödie für das afghanische Volk. Er dankte allen, die unter der NATO-Flagge gedient hätten, und versicherte, die Investitionen und Opfer seien nicht umsonst gewesen. So seien seit 20 Jahren von Afghanistan aus keine terroristischen Anschläge mehr auf die NATO-Länder verübt worden. Zudem habe die militärische Präsenz dazu beigetragen, die Voraussetzungen für bedeutende soziale und wirtschaftliche Fortschritte zu schaffen. Diese Errungenschaften müssten bewahrt werden. Auch müssten weiterhin gefährdete Afghanen in Sicherheit gebracht werden. Entsprechend müsse alles darangesetzt werden, die Taliban bezüglich ihrer Verpflichtungen zur Rechenschaft zu ziehen, namentlich auch für die Bereiche sichere Durchreise, Menschenrechte und Terrorismus. Bei der NATO habe er eine gründliche Analyse des Engagements in Afghanistan eingeleitet, um die Lehren daraus zu ziehen. Bereits jetzt sei indes klar: die Krise in Afghanistan ändere nichts daran, dass Europa und Nordamerika in der NATO zusammenstehen müssten, denn die Herausforderungen seien grösser, als dass ein Land oder ein Kontinent diese allein bewältigen könnten. Namentlich erwähnte er diesbezüglich die aggressiven Aktionen Russlands gegen seine Nachbarn, dessen massive militärische Aufrüstung sowie Einmischungsversuche in die demokratischen Prozesse der NATO-Länder. Überdies setze China seine Macht selbstbewusst ein, um andere Länder und seine eigene Bevölkerung zu kontrollieren. China rücke in Afrika, in der Arktis und im Cyberspace immer näher an den NATO-Raum. Zudem zählte auch Stoltenberg weitere Bedrohungen auf wie Cyberangriffe, bahnbrechende neue Technologien, die Verbreitung von Kernwaffen sowie den Klimawandel. Auch der Terrorismus stelle weiterhin eine reale Bedrohung dar, rief er in Erinnerung. Aus all diesen Gründen müsse die NATO gestärkt werden. Entsprechend hätten die Staats- und Regierungschefs auf dem Gipfel im Juni 2021 eine ehrgeizige Agenda «NATO 2030» beschlossen. Dazu gehöre die Stärkung der nationalen Widerstandsfähigkeit von Gesellschaft, Infrastrukturen und Lieferketten, Investitionen in neueste Technologien, Verstärkung der Cyberabwehr und der Terrorismusbekämpfung. Zentral seien aber auch die Auswirkungen des Klimawandels auf die Sicherheit sowie der Schutz der regelbasierten internationalen Ordnung. Ausbildung und Aufbau von Kapazitäten der NATO-Partner müssten ebenfalls verstärkt werden. Überdies soll die NATO ihre Beziehungen zu anderen Ländern, internationalen Organisationen, dem Privatsektor und akademischen Einrichtungen vertiefen. Dabei komme der EU eine besondere Bedeutung zu. Stoltenberg begrüßte die verstärkten Anstrengungen der EU im Bereich der Verteidigung. Diese sollten angesichts der begrenzten Mittel indes nicht zu Überschneidungen mit der NATO führen; vielmehr müssten die knappen Mittel auf bestmögliche Weise eingesetzt werden. In Bezug auf die Finanzierung lobte er, dass die europäischen Bündnispartner und Kanada ihre Verteidigungsausgaben in den letzten sieben Jahren erhöht hätten, und forderte diese Dynamik aufrechtzuerhalten. Er rief in Erinnerung, dass rund 80%



der Verteidigungsausgaben der NATO von Verbündeten kämen, die nicht EU-Mitglieder seien. Er kündigte an, dass das neue Strategische Konzept auf dem Gipfeltreffen in Madrid 2022 verabschiedet werden soll. Die Konsultationen mit den NATO-Staaten seien im Gange und er freue er sich auf die diesbezügliche Zusammenarbeit mit der NATO-PV.

In Lissabon bestätigte die Vollversammlung Gerald E. Connolly (USA) als ihren Präsidenten und wählte ihre fünf Vizepräsident/innen². Zudem wurde Nancy Pelosi, Sprecherin des US-Repräsentantenhauses, im Rahmen der Plenarversammlung feierlich den erstmals verliehenen Preis der NATO-PV "Frauen für Frieden und Sicherheit" überreicht. Schatzmeister Wolfgang Hellmich (Deutschland) stellte schliesslich die Ausgaben der Versammlung von 2020 sowie das Budget 2022 der NATO-PV vor. Der Überschuss von 2020 betrug EUR 730'000, der hauptsächlich darauf zurückzuführen ist, dass wegen der Covid-Pandemie fast das ganze 2020 keine Präsenzsitzungen stattfinden konnten³. Wolfgang Hellmich dankte der Schweiz für ihren finanziellen Beitrag⁴. Für das Budget 2022 wurden wie im Vorjahr EUR 4,05 Mio. beantragt.

Wie bei jeder Jahrestagung verabschiedete die Versammlung mehrere Resolutionen (mehr dazu unter den jeweiligen Diskussionspunkten in Kapitel 4.2-4.9)⁵. Die nachfolgenden Themen standen bei den Anlässen mit Beteiligung der Schweizer Delegation im Zentrum.

4.2 Herausforderungen und Entwicklung des Bündnisses

Drei Berichte, die an der Frühjahrssession vorbereitet und an der Jahressession verabschiedet wurden, widmeten sich der **Entwicklung der NATO** im engeren Sinne, d.h. der transatlantischen Beziehung, der Lastenteilung inkl. Verteidigungsausgaben sowie der NATO-Agenda für den Mittelmeerraum. Zudem wurden in Lissabon drei Resolutionen zur Weiterentwicklung der NATO⁶ verabschiedet.

Bei der Präsentation seines Berichts⁷ unterstrich Ahmet Yildiz (TR), dass die NATO trotz der Pandemie und weiteren neuen Herausforderungen zwar weiterhin in der Lage sei, unter ihren 30 Mitgliedstaaten einen Konsens herbeizuführen und ihren Kernaufgaben nachzukommen. Gleichwohl seien in den vergangenen Jahren auch Differenzen zwischen den Verbündeten zu Tage getreten. Externe Akteure, vor allem Russland und China, versuchten, diese Differenzen auszunutzen und zu vertiefen. Trotz der seit 2014 erzielten Fortschritte bei den Verteidigungsausgaben sei die Suche nach einer gerechteren Lastenteilung innerhalb der NATO und einer angemessenen Unterstützung der Mitglieder, die im Bündnis an vorderster Front stünden, noch nicht abgeschlossen. Die Verbündeten sollten insbesondere anerkennen, welche besondere Rolle die Länder an den Flanken des Bündnisses spielten, die ihre nationalen Ressourcen einsetzen, um andere NATO-Mitglieder vor äusseren Gefahren wie etwa Terrorismus oder irregulärer Migration zu schützen. Weiter vertrat Yildiz die Auffassung, das neue Strategische Konzept der NATO sollte u.a. eine „politischere NATO“ fördern, bei der durch vermehrte politische Konsultationen eine Annäherung der Standpunkte unter den Verbündeten erleichtert

² Mimi Kodheli (Albanien), Julie Dzerovicz (Kanada), Joëlle Garriaud-Maylam (Frankreich), Marietta Giannakou (Griechenland) und Attila Mesterhazy (Ungarn).

³ Die Versammlung beschloss, die Rücklagen zu erhöhen (180 000 Euro), einen Teil des Betrags für die Modernisierung und Digitalisierung der Nato-PV einzusetzen (90 000 Euro) und den Rest der Notreserve zuzuweisen (460 000 Euro).

⁴ Die Schweiz beteiligte sich via VBS mit CHF 15'000.- an den Aktivitäten der NATO-PV.

⁵ Die Resolutionen sind unter www.nato-pa.int abrufbar (siehe Documents → Policy Recommendations → 2020).

⁶ *Soutenir l'engagement de l'OTAN envers une défense et dissuasion renforcées à l'horizon 2030*, Resolution 467 ; *Dépenses de défense et développement des capacités de l'alliance*, Resolution 469 ; *Réaffirmer la cohésion transatlantique et appliquer les décisions prises au sommet 2021 de l'OTAN à Bruxelles*, Resolution 471

⁷ *Lien transatlantique et partage des charges dans un environnement stratégique en mutation*, Politischer Ausschuss



werde. Die Voraussetzungen zur Stärkung der transatlantischen Zusammenarbeit seien auch deshalb günstig, weil die neue US-Regierung einen multilateralen Ansatz verfolge, was auch der Entwicklung einer konstruktiven Partnerschaft zwischen der NATO und der EU neuen Auftrieb verleihe. Die Bemühungen der EU um eine stärkere europäische Verteidigungsfähigkeit seien insofern zu begrüßen, als die NATO dadurch gestärkt werde und europäische Verbündete, die nicht der EU angehörten, vollständig einbezogen würden.

Christian Tybring-Gjedde (N) stellte in seinem Bericht⁸ fest, die COVID-Pandemie und die von ihr ausgelöste weltweite Rezession setzten die Staatshaushalte der Bündnisstaaten stark unter Druck, womit die Gefahr einer Kürzung der Verteidigungsausgaben bestehe. Pandemie und Wirtschaftskrise hätten indes die sicherheitspolitischen Herausforderungen eher noch vergrössert. Um diese bewältigen zu können, seien sowohl angemessene finanzielle Mittel als auch Anstrengungen zur Effizienzsteigerung erforderlich. Er rief in Erinnerung, dass die NATO-Staaten sich auf dem Gipfel von Wales 2014 verpflichtet hätten, 2% des Bruttoinlandproduktes für Verteidigungsausgaben aufzuwenden, davon 20% für grössere Beschaffungen, Forschung und Entwicklung. Seit 2014 hätten zwar mehrere Bündnispartner – insbesondere diejenigen an der Ostflanke der NATO – bedeutende Fortschritte gemacht, andere erreichen die Ziele indes bis 2024 nicht. Entsprechend bestehe die Befürchtung, dass dadurch die Bündnissolidarität ausgehöhlt werde. Zudem müsse der Wirkungsgrad der Ausgaben gesteigert werden, um den grösstmöglichen Nutzen für die Verteidigungsfähigkeiten zu erzielen.

Entsprechend wurden in den Resolutionen 469 und 471 die NATO-Staaten aufgefordert, ihre 2%-Verpflichtung, die auch auf dem NATO-Gipfel im Juni 2021 bekräftigt wurde, einzuhalten und die Zusammenarbeit auch zwecks Effizienzsteigerung zu vertiefen. In der Resolution 469 wurde zudem explizit gefordert, die Konsolidierung der Verteidigungsindustrie sowohl auf europäischer als auch auf transatlantischer Ebene zu fördern. Dadurch würden Kosten gesenkt, die Interoperabilität vertieft und eine stärkere Integration der Verteidigungsindustrie im gesamten Bündnis gefördert. Ausdrücklich begrüsst wurde auch das Konzept einer europäischen Verteidigungszusammenarbeit, das sowohl die EU als auch die NATO stärke. Dabei müsse sichergestellt sein, dass die Fähigkeiten der NATO nicht dupliziert oder reduziert würden. Gleichzeitig müsse die Rolle der NATO als wichtigste transatlantische Verteidigungs- und Sicherheitsorganisation unterstrichen werden.

Die Entwicklung einer NATO-Agenda für Sicherheit im Mittelmeerraum müsse eines der Kernthemen des Strategischen Konzepts sein, forderte Sonia Krimi (F) in einem Bericht⁹, der vom Politischen Ausschuss genehmigt wurde. Die Herausforderungen aus dem Süden seien genauso gross wie die aus dem Osten, doch die Bündnispartner teilten noch nicht die gleiche Einschätzung der damit verbundenen strategischen Erfordernisse bzw. zum Teil herrschten diesbezüglich sogar Spannungen. Selbst untereinander seien die NATO-Mittelmeeranrainerstaaten noch uneins. Die mangelnde Koordination erschwere auch die Zusammenarbeit mit wichtigen Akteuren wie der EU und sei der Vertrauensbildung zwischen der NATO und ihren Partnern im Nahen Osten und in Nordafrika (MENA-Region) nicht förderlich. Das mangelnde Engagement der NATO-Staaten in der Region würde zudem von anderen Akteuren wie Russland und China ausgenutzt, warnte Krimi. Im Bericht wurden mehrere Elemente genannt, die zur Stabilisierung der Sicherheitslage in dieser Region beitragen könnten. Bevor sich jedoch eine schlüssige Strategie der NATO für den Süden herausbilden könne, bedürfe es intensiver politischer Konsultationen zwischen den Bündnisstaaten. Die NATO und die Parlamentarische Versammlung der NATO bieten einen besonders nützlichen Rahmen für derartige Konsultationen.

⁸ *Dépenses de défense des pays alliés ; menaces persistantes et nouvelles contraintes*, Ausschuss Wirtschaft und Sicherheit

⁹ *L'agenda de l'OTAN quant au maintien de la sécurité en méditerranée*, Politischer Ausschuss



4.3 Beziehungen zu Russland

Gestützt auf zwei Berichte und Diskussionen in verschiedenen Ausschüssen verabschiedete die Plenarversammlung in Lissabon eine Resolution zu Russland¹⁰. Darin werden die NATO-Staaten u.a. aufgefordert, im Strategischen Konzept zu betonen, dass Russlands aggressives Vorgehen die unmittelbarste Bedrohung für die euro-atlantische Sicherheit und die gemeinsamen Werte des Bündnisses darstelle. Entsprechend müssten die Verteidigungs- und Abschreckungsfähigkeiten der NATO und die Widerstandsfähigkeit der Gesellschaft gestärkt werden. Gleichzeitig sei die Dialogbereitschaft mit Russland aufrecht zu erhalten, und zwar um eine unbeabsichtigte Eskalation zu verhindern, aber auch um einen Dialog zu ermöglichen in Bereichen wie Rüstungskontrolle, Terrorismusbekämpfung, Pandemie und Klimawandel. In der Resolution wie auch im Bericht¹¹ von Brendan Boyle (USA), der im Politischen Ausschuss verabschiedet wurde, wird vor dem umfassenden militärischen Modernisierungsprogramm Russlands, einschliesslich Entwicklung neuer Atomwaffen und Stationierung moderner Anti-Access/Area Denial (A2/AD)-Systeme entlang der Ostflanke der NATO, gewarnt. Vor den Versuchen Russlands, die Bündnispartner und Partnerstaaten mit hybriden Mitteln zu unterwandern, darunter mit Cyberangriffen, Desinformation, Störmassnahmen russischer Nachrichtendienste, Einsatz von Energie und Korruption sowie durch Einmischung in innenpolitische Angelegenheiten, wie z.B. Wahlen, wird ebenfalls gewarnt.

Gemäss Boyle befinden sich die Beziehungen zwischen Russland und dem Westen auf einem neuen Tiefstand. Das Putin-Regime sei insbesondere seit dem Einmarsch in die Ukraine im Jahr 2014 wesentlich ideologischer geworden, was die Möglichkeiten für eine echte Annäherung zwischen Russland und der transatlantischen Gemeinschaft deutlich einschränke. Der Berichterstatter warnte auch davor, dass eine mögliche kurz- bis mittelfristige Ausweitung des militärischen „Abenteuertums“ Russlands keine Überraschung wäre. Weiter unterstrich er, wie wichtig es gewesen sei, am Brüsseler NATO-Gipfel 2021 festzulegen, dass der NATO-Rat auch in Fällen von hybrider Kriegsführung beschliessen könne, den Bündnisfall nach Artikel 5 auszurufen. Sowohl Boyle wie auch die Resolution 470 verurteilten die anhaltende Verletzung der territorialen Integrität Georgiens, Moldovas sowie der Ukraine und betonten, die illegale Annexion der Krim dürfe niemals anerkannt werden. Zudem wurden die Mitgliedstaaten aufgefordert, die Bemühungen Georgiens und der Ukraine um eine euro-atlantische Integration verstärkt zu unterstützen. Dabei wurde immer wieder betont, die NATO strebe keine Konfrontation mit Russland an und diene ausschliesslich dem Zweck, seine Mitglieder zu verteidigen und seine Partner zu unterstützen. Jedes Land habe das Recht, seine Bündnisse selbst zu wählen und kein Drittland könne dagegen ein Veto einlegen.

Der wachsende Einfluss Russlands in Belarus und die entsprechend zunehmende militärische Zusammenarbeit wurde in einem Bericht¹² von Michał Szczerba (PL) thematisiert. Er warnte vor einer langfristigen schrittweisen Annexion des Landes durch Russland und zeigte auf, wie Präsident Lukaschenko aus einer Position der Schwäche heraus die militärische Zusammenarbeit mit Russland vertiefe, neue Rechte zur Errichtung von Stützpunkten einräume und sein nationales Luftverteidigungssystem in dasjenige von Russland integriere. Entsprechend würde die defensive Haltung der NATO in diesem Teil Europas wesentlich erschwert. Eine Stationierung zusätzlicher russischer Truppen in Belarus würde das regionale militärische Gleichgewicht erheblich erschüttern, die Verteidigung der Frontstaaten erschweren und ggf. Truppenverlegungen der NATO erforderlich machen, um die Abschreckung zu verstärken. Von Belarus aus könne Russland einfacher Einheiten in die Enklave Kaliningrad verlegen und den sog. Suwalki-Korridor schliessen, die einzige Landbrücke zwischen den

¹⁰ *Maintenir l'attention de l'OTAN sur le défi russe*, Resolution 470

¹¹ *Relever les défis géopolitiques et idéologiques lancés en permanence par la Russie*, Politischer Ausschuss

¹² *Le Bélarus : défis politiques, économiques et diplomatiques*, Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit



baltischen Staaten und dem Rest der NATO. Vertieft thematisiert wurde namentlich auch die Instrumentalisierung von Migranten durch das belarussische Regime. Diesbezüglich forderte Szczerba die NATO-Staaten auf, "harte, aber gezielte" Sanktionen aufrechtzuerhalten.

In verschiedenen Ausschüssen wurde auch die wachsende militärische Zusammenarbeit zwischen Russland und China erörtert. So unterstrich z.B. Boyle im Politischen Ausschuss, es sei zu erwarten, dass die Synergie zwischen diesen beiden Ländern zunehmen werde. Die Bündnispartner müssten die Zusammenarbeit zwischen Peking und Moskau genau beobachten und entsprechende Informationen austauschen, ggf. durch die Einrichtung einer speziellen Einheit bei der NATO.

4.4 China

Wie bereits im Vorjahr wurden die Auswirkungen des Aufstiegs Chinas in allen Ausschüssen thematisiert und in Lissabon auch in drei Resolutionen¹³ ausdrücklich erwähnt. Der Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit verabschiedete dazu überdies einen Bericht¹⁴. In der Resolution 471⁽¹⁵⁾ wird Chinas Aufstieg als eine der komplexesten geopolitischen Veränderungen seit Generationen erachtet, da er einerseits systemische Herausforderungen für die regelbasierte internationale Ordnung darstelle und andererseits auch Möglichkeiten biete, sich in Bereichen zu engagieren, die für die NATO von Bedeutung seien. Immer wieder wurde Besorgnis geäußert über Chinas zunehmend bestimmtes Verhalten, einschliesslich seiner militärischen Ambitionen in den Bereichen Cyber, Weltraum und Seefahrt. Besonders beunruhigt zeigte sich die Versammlung durch Chinas jüngsten beschleunigten Ausbau seines strategischen Atomwaffenarsenals und seine wachsende Zahl landgestützter Raketen, die das globale Gleichgewicht der nuklearen Abschreckung störten. Die Stationierung von Offensivwaffen durch China und Russland im Weltraum wurde als Bedrohung des Weltfriedens verurteilt. Immer wieder wurde aber auch die Wichtigkeit unterstrichen, eine gemeinsame transatlantische Strategie gegenüber China zu entwickeln und dabei idealerweise einen konstruktiven Dialog anzustreben. Gleichzeitig gelte es aber bereit zu sein, sich jeder Herausforderung zu stellen.

Der eingangs erwähnte Bericht, der von Lara Martinho (P) präsentiert wurde, ging vertieft auf die Modernisierung der chinesischen Armee ein. Mittels Mechanisierung, Informatisierung und Einführung intelligenter Systeme soll diese befähigt werden, Chinas zunehmend globale Interessen zu verteidigen. Dabei wurde im Bericht unterstrichen, dass China für die NATO keine unmittelbare Bedrohung darstelle. Chinas expandierende globale wirtschaftliche, politische und militärische Interessen sties- sen aber zunehmend auf diejenigen der NATO. Neben der Freiheit der Schifffahrt auf hoher See, der Aufrechterhaltung sicherer Satellitenkommunikationsnetze sei auch der Cyberraum zum Schauplatz strategischer Konkurrenz geworden. Gemäss Martino biete die Überarbeitung des strategischen Konzepts eine willkommene Gelegenheit für die NATO, sich gegenüber China als Anker der Stabilität und als Verteidiger der im Washingtoner Vertrag verankerten Werte und Ideale zu positionieren. Zudem wurde im Bericht empfohlen, die NATO-Staaten müssten intensiver zusammenarbeiten, um ein klareres und umfassendes Bild der chinesischen Herausforderung zu gewinnen und um die strategischen Schwachstellen des Bündnisses zu ermitteln. Schliesslich sollten die politischen und militärischen Kontakte zwischen NATO und China ausgeweitet werden.

¹³ Resolution 467 (*Soutenir l'engagement de l'OTAN envers une défense et dissuasion renforcées à l'horizon 2030*), Resolution 470 (*Maintenir l'attention de l'OTAN sur le défi russe*) und Resolution 472 (*Relancer la maîtrise des armements dans un environnement stratégique changeant*)

¹⁴ *La posture de défense de la Chine : implications pour l'OTAN*, Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit

¹⁵ *Réaffirmer la cohésion transatlantique et appliquer les décisions prises au sommet 2021 de l'OTAN à Bruxelles*



4.5 Sicherheit im hohen Norden

Jean-Charles Larssonneur (F) wies bei der Präsentation seines Berichts¹⁶ vor dem Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit darauf hin, dass sich die Region aufgrund der globalen Klimaerwärmung im Wandel befindet. Dieser Wandel schreite in beispiellosem Tempo voran, die Zufahrtswege seien viel länger befahrbar und die eisfreien Gebiete würden immer grösser. Der nördliche Seeweg, der an Russland entlangführe, sei praktisch während des ganzen Jahres schiffbar. So seien unerschlossene Bodenschätze und Fischereiressourcen zugänglich und steige die touristische Nachfrage explosionsartig an. Dies wecke Begehrlichkeiten. Russlands Küstenstreifen in dieser Region mache die Hälfte der gesamten russischen Küste aus, weshalb diese Ressourcen für das Land von strategischer Bedeutung seien. Aktuell würden 20 bis 25 Prozent der Exporte und 20 Prozent des BIP auf diese Region entfallen. China wiederum investiere grosse Summen in Wirtschaft und Wissenschaft. Gleichzeitig würden die militärischen Aktivitäten zur Verteidigung dieser neuen Interessen zunehmen. So habe Russland seine militärische Präsenz in der Arktis deutlich ausgebaut und die militärischen Aktivitäten, einschliesslich Übungen, in der Region verstärkt. Die militärischen Investitionen Chinas in der Region fielen derzeit noch geringer aus, das Land beteilige sich mit seiner Marine jedoch bereits an militärischen Übungen in der Region.

Der Arktische Rat bemühe sich seit mehreren Jahren um eine Zusammenarbeit, doch könnte die neue Situation die Ausgangslage grundlegend verändern, so Jean-Charles Larssonneur. Die Bündnispartner hätten Massnahmen ergriffen, um die Freiheit der als strategisch erachteten Schifffahrt zu gewährleisten, allerdings bestehe keine Einigkeit über die Rolle des Bündnisses im hohen Norden. Ein Informationsaustausch sei deshalb von zentraler Bedeutung, um zu verstehen, was in dieser Region vor sich gehe. Zudem empfahl Larssonneur in den Nachrichtendienst, die Aufklärung und die Überwachung zu investieren und die Streitkräfte für den Einsatz unter arktischen Bedingungen auszubilden.

4.6 Rüstungskontrolle und Abrüstung

In der in Lissabon von der Plenarversammlung verabschiedeten Resolution 472⁽¹⁷⁾ werden die NATO-Mitglieder aufgefordert, sich stärker zu mobilisieren, um China in die Rüstungskontrollgespräche einzubinden und Druck auf Russland auszuüben, damit es seinen Verpflichtungen im Bereich Rüstungskontrolle und Abrüstung nachkomme. Zudem soll die NATO stärker als Plattform für Diskussionen und Konsultationen über Rüstungskontrolle genutzt, die Ausgaben für Forschung und Entwicklung erhöht und die öffentliche Debatte über die Vorteile der Nichtverbreitung von Kernwaffen gefördert werden. Gleichzeitig sollen die NATO-Mitglieder eine glaubwürdige nukleare Abschreckung beibehalten, die mit der Entwicklung neuer Technologien Schritt halten könne.

Im Ausschuss für Wissenschaft und Technologie wurden auf der Basis verschiedener Berichte¹⁸ zudem die Bedrohung durch biologische Waffen, das iranische Atomprogramm und die neuen Herausforderungen im Zusammenhang mit künstlicher Intelligenz und die Entwicklungen im Weltraum erörtert. Immer wieder wurde die Sorge über die im geheimen von Russland und China entwickelten neuen Militärtechnologien geäussert. So wurde u.a. unterstrichen, dass die bestehende Weltrauminfrastruktur der NATO-Staaten angreifbar sei und deren weltraumgestützte Systeme widerstandsfähiger gemacht werden müssten. Da die Nutzung des Weltraums für friedliche Zwecke im Interesse aller Staaten liege, sollten die NATO-Staaten auch ein Konzept zur Schliessung bestehender Lücken in den internationalen Übereinkünften entwickeln. Der stv. NATO-Generalsekretär für neue sicherheitspolitische Herausforderungen, David van Weel, wies u.a. darauf hin, dass die Geschwindigkeit, mit der

¹⁶ *Les enjeux de sécurité dans le Grand Nord*, Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit

¹⁷ *Relancer la maîtrise des armements dans un environnement stratégique changeant*, Resolution 472

¹⁸ *Espace et sécurité : le rôle de l'OTAN ; Menaces biologiques : les progrès technologiques et spectre du bioterrorisme pour l'après-Covid-19 ; Renforcer la coopération scientifique et technologique avec les partenaires asiatiques*



neue Technologien eingeführt würden, generell eine grosse Herausforderung für die Streitkräfte seien. In Bezug auf die jüngsten wissenschaftlichen Fortschritte in der Biotechnologie wurde vor immer ausgereifteren Biowaffen gewarnt wie auch vor dem Risiko, dass diese in die Hände von terroristischen Gruppierungen gelangen könnten. Entsprechend wurde gefordert, die Fähigkeiten zur Verteidigung gegen Biowaffen zu verbessern und den entsprechend internationalen Rüstungskontrollrahmen zu stärken.

4.7 Widerstandsfähigkeit der westlichen Gesellschaften

Das Bündnis sei mit einem unvorhersehbaren und zunehmend komplexen Sicherheitsumfeld konfrontiert. Es gäbe immer mehr militärische und nichtmilitärische Bedrohungen, die sich auf die Gesellschaften auswirkten, erklärte Joëlle Garriaud-Maylam (F) bei der Vorstellung ihres Berichts¹⁹. Neben konventionellen Bedrohungen, mit denen das Bündnis seit langem konfrontiert sei, müssten die NATO-Staaten besser vorbereitet sein auf die wachsende Gefahr von Cyberangriffen auf kritische Infrastrukturen, auf Desinformationskampagnen zur Untergrabung ihrer Demokratien und des gesellschaftlichen Zusammenhalts, auf die Folgen des Klimawandels sowie auf Gesundheitskrisen, wie die Covid-Pandemie. Die Vollversammlung teilte diese Auffassung und forderte die NATO-Staaten mit der Resolution 466 auf, die gesellschaftliche Widerstandsfähigkeit zu stärken und empfiehlt dazu insbesondere die Zusammenarbeit zwischen den Streitkräften, den Behörden, dem Privatsektor und der Bevölkerung bei der Krisenvorsorge und -bewältigung zu intensivieren sowie die Kommunikation und Ausbildung bzw. Aufklärung der Akteure des zivilen Sektors und der breiten Öffentlichkeit in Sachen Widerstandsfähigkeit zu verbessern. Zudem sei innerhalb der NATO ein Zentrum für demokratische Widerstandsfähigkeit einzurichten, das die Bündnispartner bei der Stärkung demokratischer Systeme und Institutionen unterstützen könne. Überdies soll das Thema Widerstandsfähigkeit bei den Diskussionen zum Strategischen Konzept im Mittelpunkt stehen. Die Aufrechterhaltung einer glaubwürdigen kollektiven Abschreckung und Verteidigung sei untrennbar mit der Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Gesellschaften und Demokratien des Bündnisses verbunden.

Die Art und Weise, wie Desinformation Demokratien untergräbt, wurde in einem Bericht²⁰ von Linda Sanchez (USA) thematisiert. Darin betonte sie namentlich, dass Propaganda und Fake News nur mit vereinten Kräften bekämpft werden könnten. Kein einzelner Akteur und keine einzelne Massnahme könne das Problem lösen, aber die Kombination mehrerer Elemente könne eine solide Grundlage schaffen, um die Widerstandsfähigkeit demokratischer Gesellschaften gegenüber Desinformationsaktivitäten zu stärken. Auf nationaler Ebene müssten die NATO-Mitglieder einen gesamtgesellschaftlichen Ansatz verfolgen, der auf der Beteiligung staatlicher, privater und zivilgesellschaftlicher Akteure beruhe. Auf internationaler Ebene sei das multilaterale und transatlantische Engagement und das Schmieden neuer Partnerschaften mit Demokratien auf der ganzen Welt entscheidend. Zudem müsse sich das Bündnis erneut zu den demokratischen Werten bekennen und in Wort und Tat mit gutem Beispiel vorangehen, wobei auch Sanchez für die Schaffung eines Zentrums für demokratische Widerstandsfähigkeit innerhalb der NATO-Strukturen plädierte.

4.8 Afghanistan

Die Lage in Afghanistan seit der Machtübernahme der Taliban wurde in Lissabon in verschiedenen Ausschüssen und an der Plenarversammlung thematisiert, zudem wurde dazu eine Resolution²¹ ver-

¹⁹ *Renforcer la résilience des sociétés alliées par la préparation du secteur civil*, Ausschuss für Demokratie und Sicherheit

²⁰ *Renforcer la résilience démocratique de l'Alliance face à la désinformation et à la propagande*, Ausschuss für Demokratie und Sicherheit

²¹ *Tirer les enseignements de l'engagement de l'OTAN en Afghanistan*, Resolution 468



abschiedet. Darin werden die Mitgliedstaaten aufgefordert, eine gründliche und umfassende Bewertung der 20-jährigen Präsenz des Bündnisses in Afghanistan vorzunehmen. Die Lehren aus dem schnellen Zusammenbruch der afghanischen Regierung und der Streitkräfte müssten in das Strategisches Konzept der NATO aufgenommen werden. Überdies wurde die Entschlossenheit der NATO-PV zum Ausdruck gebracht, selber eine aktive Rolle bei der Bewertung des Afghanistan-Einsatzes zu spielen. Verschiedene Teilnehmer betonten, dass die Versammlung ein ideales Forum für eine offene Debatte auch von heiklen Fragen biete. Immer wieder wurde die Sorge über das Gewaltregime der Taliban geäußert sowie über die Risiken einer humanitären Krise und eines Bürgerkriegs, der auch die Region destabilisieren könnte. Entsprechend wurde gefordert, die Mitgliedstaaten müssten alles unternehmen, um die Taliban-Regierung zur Einhaltung ihrer internationalen Verpflichtungen zu zwingen; Afghanistan dürfe nie wieder ein Zufluchtsort für den internationalen Terrorismus werden.

Brigadegeneral Bogdan Cernat, der das *Joint Analysis and Learning Centre* (JALLC) leitet, informierte im Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit, dass derzeit drei Berichte über die Lehren aus Afghanistan erstellt würden: der erste – vom NATO-Generalsekretär in Auftrag gegebene – behandle das Thema aus militärischer Sicht; der zweite befasse sich mit der Operation Resolute Support (zur Ausbildung und Beratung der afghanischen Sicherheitskräfte); der dritte schliesslich mit den Auswirkungen der Massnahmen zur Korruptionsbekämpfung. Immer wieder mit kritischen Fragen konfrontiert, antwortete er schliesslich, dass bezüglich Afghanistan politische Entscheide gefasst worden seien, die aus militärischer Sicht anders ausgefallen wären.

Laut John Manza, stv. Generalsekretär für NATO-Operationen, der ebenfalls im Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit auftrat, werde es bei den Erkenntnissen über Afghanistan keinen Konsens geben. Eine der Lehren könnte aber sein, dass Wege gefunden werden müssten, damit die von den Generälen am Einsatzort verfassten Berichte schneller im Nordatlantikrat behandelt würden, und zwar ohne dass diese vorgängig durch verschiedene Ausschüsse "verzögert und verwaschen" würden. Im Nordatlantikrat müssten künftig viel kritischere Diskussionen geführt werden.

Auf die zahlreichen an der Plenarversammlung gestellten Fragen von Delegierten zur mangelnden Koordination in der NATO bezüglich Rückzug und Evakuierung, zum Glaubwürdigkeitsverlust der Allianz, zum Versagen der Nachrichtendienste sowie zum weiteren Vorgehen antwortete Generalsekretär Jens Stoltenberg stark zusammengefasst wie folgt: es sei schwierig gewesen, über den weiteren Weg in Afghanistan zu entscheiden, da es nur schwierige Optionen gab. Die Alliierten seien sich nicht in allen Fragen einig gewesen, aber sie hätten sich in zahlreichen Sitzungen beraten. Die USA hätten dann ihre Entscheidung getroffen und danach seien sich alle Alliierten einig gewesen, die militärische Präsenz in Afghanistan zu beenden, wobei die Risiken bekannt waren. Die Rückkehr der Taliban nach dem Rückzug der NATO sei keine Überraschung gewesen. Überraschend sei indes deren Geschwindigkeit gewesen. Er rief in Erinnerung, der Einsatz sei erfolgt, weil die USA sich auf Artikel 5 des Nordatlantikvertrags berufen hätten, um die USA und die Verbündeten vor terroristischen Bedrohungen zu schützen. Dank dem Einsatz sei es gelungen zu verhindern, dass Al-Qaida von Afghanistan aus Anschläge organisieren konnte. Die Herausforderung bestehe nun darin, das Erreichte zu bewahren. Es gelte, wachsam zu bleiben, koordiniert vorzugehen, Druck auf das Taliban-Regime auszuüben, und bereit zu sein, aus der Ferne zuzuschlagen, falls es zur Terrorbekämpfung nötig sein sollte.

Als weitere Aufgabe habe sich die NATO um den Aufbau des Staates bemüht. Diese Anstrengungen seien aber nicht nur von der NATO unternommen worden, die dabei nur eine untergeordnete Rolle gespielt habe. Vielmehr sei es eine Anstrengung der gesamten internationalen Gemeinschaft, der UNO, der EU und der einzelnen NATO-Staaten gewesen. Diese Aufgabe sei nicht gelungen, auch wenn nicht alle Errungenschaften verloren gegangen seien, wie z.B. Bildung, welche die Menschen erhalten hätten. Somit gebe es ebenfalls ernsthafte Lektionen über den Aufbau von Staaten zu lernen, und zwar auch für den Rest der internationalen Gemeinschaft.



4.9 Westbalkan

Im Vergleich zum Vorjahr war an den Sessionen dem Westbalkan kein eigener Bericht gewidmet. Hingegen fand ein Rose-Roth-Seminar in Belgrad (Serbien) zum Thema «Euroatlantische Integration, Partnerschaft für den Frieden und weiteres Vorgehen bei den ungelösten Fragen auf dem Westbalkan» statt. Im Zentrum des Seminars standen die internen und externen Herausforderungen Serbiens sowie dessen Beziehungen zur NATO und zur EU. Ein weiterer Fokus lag auf der Lage im Westbalkan. Stark zusammengefasst kann festgestellt werden, dass sich Serbien weiterhin um die europäische Integration bemüht, auch wenn noch zahlreiche Verhandlungspunkte offen sind. Das Land hält auf internationaler Ebene an seiner Neutralität fest, arbeitet aber mit der Nato zusammen. Die Beziehungen zum Kosovo sind nach wie vor angespannt, wie die Zwischenfälle an der Grenze im Herbst 2021 gezeigt haben. Serbien ist sich bewusst, dass sein EU-Beitritt von der Normalisierung der Beziehungen zum Kosovo abhängt, und bemüht sich um einen Dialog für eine politische Lösung. Zu Sorge Anlass geben auch die politische Krise in Bosnien und Herzegowina sowie äussere Einflüsse auf den Westbalkan, namentlich durch China und Russland. Letztere sollten indes nicht überbewertet werden, machen die chinesischen Investitionen z.B. in Serbien nur 4 bis 6% des Investitionsvolumens aus, jene der EU aber zwei Drittel. Russlands Einfluss ist eher ideologischer denn finanzieller Art. Mehrere Beobachterinnen und Beobachter sind der Ansicht, dass diese Einflüsse nur möglich wurden, weil sich die EU in den Westbalkanstaaten nicht ausreichend engagierte.

Die NATO, der jüngst Montenegro (2017) und Nordmazedonien (2020) beigetreten sind, setzt ihr Engagement in der Region fort und ist erfreut über ihre Partnerschaft mit Serbien. Aus Sicht der NATO geht es darum, die regionalen Konfliktherde nicht wieder aufflammen zu lassen, den Frieden zu sichern und ein Machtvakuum zu vermeiden, das andere Kräfte nutzen könnten und das zu Extremismus und Radikalismus führen könnte. Sowohl im Seminar wie auch an der Plenarversammlung in Lissabon wurde die KFOR-Mission thematisiert. Alle Beteiligten erachteten die KFOR nach wie vor als notwendig. Auch der NATO-Generalsekretär unterstrich die weiterhin wichtige Rolle der KFOR für die Sicherheit und Stabilität im Kosovo, und betonte die positive Wirkung auf die gesamte Region.

5 Würdigung der Tätigkeiten der NATO-PV im Jahre 2021

Die Diskussionen der NATO-PV waren in vielerlei Hinsicht aufschlussreich, wobei folgende Punkte besonders hervorgehoben werden können:

1. Die Einschätzung der Sicherheitslage bleibt schwierig und das strategische Umfeld ist in permanentem Wandel. Die internationale Ordnung ändert sich rasch. Der Trend hin zu einer multipolaren Weltordnung und die damit verbundene Machtverschiebung von Westen nach Osten führen zu wachsenden Spannungen zwischen den USA, Europa, Russland und China. Einerseits ist auf beiden Seiten eine Rückkehr zur Machtpolitik und eine Modernisierung der militärischen Arsenale zu beobachten, andererseits findet ein Wettbewerb der Überzeugungen und Werte statt. Russland und China, aber auch andere Akteure stellen die westlichen Werte infrage und versuchen, autoritäre und alternative Regierungsmodelle durchzusetzen. Dieser weltweite Wettbewerb bedroht die strategische Stabilität. Die Zahl regionaler und subregionaler Konflikte bleibt hoch, was u. a. zu Flüchtlings- und Migrationsbewegungen führt. Auch die europäische Peripherie ist instabiler geworden. Die Handlungsfähigkeit internationaler Sicherheitsorganisationen wie der UNO und OSZE sinkt. Der technologische Fortschritt, der sich auch auf die Kriegsführung und auf das strategische Gleichgewicht auswirkt, beschleunigt sich. Gleichzeitig mehren sich Cyberangriffe durch staatliche und nichtstaatliche Akteure. Die Bedrohung durch Terroranschläge bleibt erhöht. Schliesslich haben sich auch die gesellschaftsbedingten Gefahren akzentuiert, als Beispiel sei der Klimawandel und die Covid-Pandemie erwähnt.



2. Die Weiterentwicklung der NATO stand auch dieses Jahr im Mittelpunkt der Diskussionen. Die offensichtlichen Spannungen der letzten Jahre zwischen mehreren NATO-Staaten sind einer wahrnehmbaren Bereitschaft gewichen, die Differenzen zu überwinden. Dies ist zweifelsohne eine Folge des Präsidentenwechsels in den USA und der Absicht der neuen US-Regierung, in den multilateralen Institutionen – namentlich in der NATO – eine aktive Rolle zu spielen. Die immer wieder beschworene Einigkeit vermag indes nicht darüber hinwegtäuschen, dass verschiedene bedeutende Divergenzen weiterbestehen. Neben der Nichteinhaltung des 2%-Zielwerts durch zahlreiche NATO-Mitglieder tritt auch deren unterschiedliche Bedrohungswahrnehmung weiterhin zu Tage. Während sich die südlichen Mitgliedstaaten primär über die Lage in der MENA-Region sorgen, erachten die Länder an der NATO-Ostgrenze Russland nach wie vor als Hauptbedrohung. Andere Staaten weisen auf die Bedeutung der Sicherheit im hohen Norden hin und die USA richten sich immer stärker auf China und den Pazifik aus. Zudem bleibt die Rolle der Türkei ambivalent.
3. In den Diskussionen bestand indes Einigkeit, dass Russland an seiner Konfrontationspolitik festhalten werde. Das Land werde auch künftig die ihm zur Verfügung stehenden militärischen und nicht militärischen Mittel einsetzen, um das Bündnis zu schwächen, Europa zu destabilisieren und seine Einflusszonen zu erweitern bzw. wiederherzustellen. Russland ist zudem nicht nur an der Ostflanke der NATO, in der MENA-Region, im Nordatlantikraum sowie im hohen Norden stark präsent, sondern setzt auch die Modernisierung seiner militärischen Kapazitäten fort. Ein Element der Strategie Russlands sei, permanent für Unsicherheit zu sorgen.
4. Die 2019 begonnenen Diskussionen über die Entwicklung Chinas haben sich weiter intensiviert. Während die Modernisierung der chinesischen Armee Gegenstand eines spezifischen Berichts war, wurde das zunehmend bestimmte Verhalten Chinas auf internationalem Parkett in sämtlichen Ausschüssen thematisiert, wobei insbesondere der beschleunigte Ausbau seines strategischen Atomwaffenarsenals und die Entwicklung neuer Militärtechnologien, die auch im Weltraum eingesetzt werden könnten, zu Sorge Anlass gaben, wie auch die verstärkte Zusammenarbeit zwischen China und Russland. Es bestand Konsens, dass es notwendig sei sich mehr Fachwissen anzueignen, um China besser zu verstehen und eine gemeinsame Strategie festzulegen. Aus den Äusserungen der Delegationen wurde indes auch sichtbar, dass unterschiedliche Meinungen bestehen, inwiefern bei der Chinastrategie der Akzent auf Konfrontation oder eher auf Kooperation gelegt werden soll.
5. Die Versammlung hat einen beachtlichen Teil ihrer Arbeiten der Widerstandsfähigkeit der westlichen Gesellschaften gewidmet. Dabei wurde immer wieder betont, dass eine glaubwürdige Dissuasion und Verteidigung untrennbar mit der Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Gesellschaften verbunden sei. Es gäbe immer mehr militärische und nichtmilitärische Bedrohungen, die sich auf die Gesellschaften als Ganzes auswirkten. Schlüsselbereiche wie Kommunikation, Energie, Verkehr, Gesundheitswesen usw. können betroffen sein, weshalb ein gesamtgesellschaftlicher Ansatz erforderlich sei. So müsse der zivile Sektor künftig besser auf mögliche Schocks vorbereitet und beim Krisenmanagement die Rolle der zivilen Akteure gestärkt werden. Die Schweiz verfügt in diesem Bereich zwar bereits über gutes Know-how, doch sind die Diskussionen auch für unser Land von Interesse. Die Schaffung eines NATO-Kompetenzzentrums für die Widerstandsfähigkeit der Demokratie sollte ebenfalls aufmerksam verfolgt werden.
6. Die Rüstungskontrolle, die in jüngerer Vergangenheit vernachlässigt wurde, rückt wieder in den Fokus. Sie dürfte sogar noch an Bedeutung gewinnen, da es notwendig sein wird, die Nutzung der neuen Technologien zu regeln. Eine der grossen Herausforderungen wird indes sein, eine Einigung zwischen den USA und Russland zu erzielen bzw. mit China entsprechende Verhandlungen aufnehmen zu können.
7. Die Lage im Westbalkan stand in den Sessionen im Vergleich zu den Vorjahren weniger im Vordergrund, wurde aber im Rahmen eines Rose-Roth-Seminar in Belgrad (Serbien) näher thematisiert. Die



je nach Land unterschiedlich grossen Herausforderungen bleiben beträchtlich. Nicht zuletzt angesichts der sporadischen Zunahme der Spannungen zwischen Serbien und Kosovo wurde an der Jahressession in Lissabon wie auch am Seminar jeweils die KFOR-Mission thematisiert. Dabei bestand bei allen Teilnehmern Einigkeit, dass die KFOR nach wie vor notwendig sei, weiterhin eine wichtige Rolle für die Sicherheit und Stabilität im Kosovo spiele und auch eine positive Wirkung auf die gesamte Region entfalte.

8. Die Lage in Afghanistan wurde anlässlich der Jahressession ausführlich thematisiert, wobei die Meinungen weit auseinandergingen und die Debatten teilweise emotional verliefen. Zahlreiche Abgeordnete kritisierten den überstürzten Rückzug und die chaotische Evakuierung stark, während andere – unter Ihnen auch der Generalsekretär – versuchten, möglichst positive Aspekte des Einsatzes hervorzuheben. Einigkeit herrschte indes, dass der über 20-jährige, grösste NATO-Einsatz nun gründlich analysiert und die Lehren daraus gezogen werden müssten.

6 Schlussfolgerungen und künftige Tätigkeiten

Trotz der anhaltenden Einschränkungen infolge der Pandemiesituation zieht die Delegation eine positive Bilanz über ihre Teilnahme an den Aktivitäten der NATO-PV. In Sachen Sicherheitspolitik ist die NATO-PV weiterhin das wichtigste parlamentarische Forum und sie konnte ihre Arbeiten erfolgreich in die digitale Welt verlagern. Sobald es die Situation erlaubte, wurden so weit wie möglich auch wieder physische Treffen vor Ort durchgeführt, was dem spontanen, direkten Austausch sehr förderlich war. Da die NATO-PV die Mitglieder aller nationalen Verteidigungsausschüsse der euroatlantischen Zone versammelt, bietet sie einen idealen Rahmen für einen Meinungs- und Gedankenaustausch über sicherheitspolitische Themen. Dank der Teilnahme an den Arbeiten der Versammlung kann sich die Delegation ein Bild von den Positionen der verschiedenen Delegationen machen und so die Schwerpunkte der künftigen sicherheitspolitischen Diskussionen erkennen.

Viele der von der NATO-PV behandelten Themen sind auch für die Sicherheitspolitik der Schweiz von Bedeutung. Es ist sinnvoll, sich ein genaues Bild von den Veränderungen zu machen, die derzeit im strategischen Umfeld unseres Landes im Gange sind. Was die Weiterentwicklung der NATO als Organisation betrifft, dürften Themen wie das neue Strategische Konzept der NATO, die Spannungen zwischen der NATO und Russland, der Aufstieg Chinas, das Engagement auf dem Balkan, die Lage in der MENA-Region und die Zusammenarbeit mit der EU sowie die Massnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus und die Cyberbedrohungen, in naher Zukunft im Vordergrund bleiben. Diese Themen sind letztlich auch für die Schweiz von Interesse.

Die Delegation will die in den vergangenen Jahren hergestellten Kontakte weiter pflegen. Im Mittelpunkt werden dabei die Vollversammlungen stehen. Wenn es die Zeit erlaubt, wird die Delegation auch an den Rose-Roth-Seminaren oder Ausschusssitzungen teilnehmen, die sich mit Themen befassen, die für die Schweiz und ihre Sicherheitspolitik von Bedeutung sein könnten.